

FDP

Die Liberalen

B.1

■ Demographischer Wandel

Der Bezirksparteitag hat beschlossen:

Antragsname:

Demographischer Wandel

5

Herausforderungen, Chancen und Auswirkungen des Demographischen Wandels im Ruhrgebiet –

Antragsteller:

Bezirksvorstand

10

Die Zukunft des Reviers mutig angehen und aktiv im Sinne der hier lebenden Menschen gestalten

Antragsergebnis:

Ja: 64 Nein: 0 Enth.: 5

15

Der demographische Wandel wird für die ohnehin finanziell stark gebeutelten Kommunen im Ruhrgebiet zu einer großen Herausforderung, insbesondere für die Städte, die mit besonders stark rückläufigen Bevölkerungszahlen umzugehen haben. Es ist dennoch dringend geboten, dass sich alle Ruhrstädte zeitnah und konsequent auf die Veränderungen einstellen. Ansonsten werden die Ruhrregion und die in ihr lebenden Menschen bereits in wenigen Jahren die Verlierer des demographischen Wandels sein. Durch eine proaktive Gestaltung gilt es, die Chancen zu nutzen, anstatt die Risiken zu beklagen.

Seite 1 von 12

20

I. Ausgangslage: Der Demographische Wandel betrifft alle Lebensbereiche

25

Eine steigende Lebenserwartung und niedrige Geburtenraten bedingen eine unaufhaltsame Altersstrukturverschiebung und Schrumpfung im Aufbau der Gesellschaft. Die Bevölkerung insgesamt wird weniger und älter und durch Zuwanderung auch multikultureller.

30

Schrumpfungstendenzen zeigen sich ganz besonders im Ruhrgebiet. Dies wird besonders eindringlich daran deutlich, dass die Stadt Essen seit 1962 ein Minus von 183.332 Einwohnern zu verzeichnen hat. Zum Vergleich: Die Stadt Mülheim an der Ruhr hatte Ende 2011 noch 167.156 Einwohner. Essen ist also in den vergangenen 50 Jahren um mehr als die Einwohnerzahl der gesamten Stadt Mülheim geschrumpft. Und der Schrumpfungstrend geht weiter: Für das Ruhrgebiet ist im kommenden Jahrzehnt ein Bevölkerungsverlust in der Größenordnung etwa von der Einwohnerzahl der Stadt Bochum zu erwarten. Es wird also höchste Zeit, dass die Städte der Ruhrregion wirksam auf den Bevölkerungsrückgang reagieren.

40

Mit Mülheim an der Ruhr liegt die Kommune mit der in Nordrhein-Westfalen ältesten und in der Republik nach Chemnitz zweitältesten Bevölkerung im Ruhrgebiet. Für das Altern der Bevölkerung lassen sich zwei Faktoren ausmachen. So hat die Geburtenrate seit den siebziger Jahren des zurückliegenden Jahrhunderts kontinuierlich abgenommen. Um die Bevölkerungszahl konstant zu halten, müsste jede Frau in ihrem Leben 2,1 Kinder zur Welt bringen. Die Geburtenrate in

45

B.1**■ Demographischer Wandel**

Deutschland liegt gegenwärtig aber im Durchschnitt bei knapp 1,4 Kindern pro Frau, und eine Trendwende ist nicht absehbar. Damit übersteigt die Anzahl der jährlichen Sterbefälle die Geburten und führt langfristig zu einer Schrumpfung der Bevölkerungszahl. Parallel dazu hat sich aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts und der Verfügbarkeit von hochwertigen Lebensmitteln die durchschnittliche Lebenserwartung erfreulicherweise erhöht: Hatte ein im Jahre 1900 geborener Junge eine Lebenserwartung von 44,8 Jahren und ein Mädchen von 48,3 Jahren, waren es 1950 bereits 64,6 bzw. 68,5 Jahre. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt die durchschnittliche Lebenserwartung bei neugeborenen Jungen bei 74,8 Jahren und bei Mädchen bei 80,8 Jahren.

Antragsname:

Demographischer Wandel

Antragsteller:

Bezirksvorstand

Seite 2 von 12

Für das Revier, wie alle Industrieregionen eine Einwanderungsregion, erweist sich Zuwanderung als bedeutsam für die Bevölkerungsentwicklung: In den vorangehenden Jahrzehnten wanderten deutlich mehr Menschen mit ihren Familien aus dem Ausland ein als dorthin aus. In Familien mit Migrationshintergrund gab es in der ersten und zweiten Einwanderergeneration eine signifikant höhere Geburtenrate, was die statistische Entwicklung im Ruhrgebiet abmilderte. Da sich die Geburtenrate allerdings zunehmend angleicht, ist dieser statistische Ausgleich für die Zukunft nicht mehr zu erwarten.

Da der demographische Wandel nahezu alle Lebensbereiche betrifft, ist es notwendig, für seine Gestaltung eine langfristige und die lokalen Verhältnisse berücksichtigende Gesamtstrategie mit deutlicher Prioritätensetzung für die Region und ihre besonderen Eigenschaften zu erarbeiten, an der möglichst viele Akteure mitarbeiten. Aus anderen Landesteilen übertragene Handlungskonzepte können Anregungen liefern, helfen daher nur bedingt weiter.

II. Handlungsfelder: Strategien im Umgang mit den Veränderungsprozessen**Finanzielle Herausforderung der Städte im Ruhrgebiet**

Eine schrumpfende und immer älter werdende Gesellschaft hat vielfältige Auswirkungen auf die Finanzsituation der Kommunen. So ist allgemein mit einem Rückgang des Steueraufkommens zu rechnen. Bis 2015 prognostiziert das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) dem Ruhrgebiet einen Rückgang des regionalen Einkommensteueraufkommens von 3,8% (NRW: +1,8%).

Auch die sich unter anderem an Einwohnerzahlen orientierenden Finanzausweisungen im Rahmen des Finanzierungsausgleichs werden die kommunale Finanzsituation weiter verschärfen. Zur Abmilderung der dramatischen Situation ist mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 (GFG 2012) zwar von Seiten des Landes ein Demographiefaktor eingeführt worden, der den Einwohnerrückgang stärker berücksichtigt. Dieser ist ebenfalls für das GFG 2013 vorgesehen. Dennoch werden

B.1**■ Demographischer Wandel**

wichtige Schlüsselzuweisungen zukünftig deutlich geringer ausfallen. Aus Sicht der FDP ist das GFG auch aus diesem Grund nicht zukunftstauglich und eine grundlegende Überarbeitung zwingend geboten.

Antragsname:

Demographischer Wandel

Antragsteller:

Bezirksvorstand

- 5 Während die Entwicklung der Gewerbesteuer kaum vom demographischen Faktor berührt ist, hat dieser bei den städtischen Einnahmen durch andere kommunale Steuern massive Folgen. Die katastrophale Haushaltslage aller Kommunen der Region begrenzt ferner die Möglichkeiten, finanzielle Freiräume durch sogenannte Demographiegewinne für veränderte und neue Aufgaben zu nutzen.

10 Seite 3 von 12

- Das mit den Stimmen der FDP im Jahr 2012 im Landtag verabschiedete sogenannte Stärkungspaktgesetz ist ein auf zehn Jahre angelegtes Hilfsprogramm für überschuldete bzw. von Überschuldung bedrohte Kommunen und dient dazu, finanziell notleidenden Kommunen die Möglichkeit zu geben, durch ein konsequentes Sparprogramm und unterstützende Hilfgelder wieder dauerhaft zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Aus der Ruhrregion profitieren eine Reihe von Städten vom Stärkungspakt, aber auch dies wird die Folgen der demographischen Entwicklung nicht aufhalten können.
- 15

- 20 Eine substantielle Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen ist erreichbar, wenn Land und Bund die kommunale Leistungsfähigkeit nicht überfordern (wie lange Zeit mit den Aufwendungen für soziale Leistungen), vor allem aber auch die Kommunen im Revier all ihre Konsolidierungspotentiale ausschöpfen.

- 25 Ein Anreiz, trotz aller Schwierigkeiten mutig den demographischen Wandel zu gestalten, könnte es sein, heutige staatliche Umverteilungsmodalitäten zu reformieren. Statt einer „Verteilung nach Himmelsrichtungen“ bei Förderprogrammen oder Solidarpakt könnten lieber die Kommunen honoriert werden, die sich besonders erfolgreich auf den demographischen Wandel einstellen.
- 30

Veränderung und Anpassung der Infrastruktur im Ruhrgebiet

- 35 Bedingt durch die rasante Verschiebung der Altersstruktur innerhalb der Region wird sich auch die Nachfrage nach der damit korrespondierenden Infrastruktur wandeln. Das derzeitige hohe Niveau der infrastrukturellen Versorgung im gesamten Ruhrgebiet wird so verdichtet nicht aufrecht erhalten werden können. Während beispielsweise der Bedarf an schulischen Kapazitäten in allen Kommunen des Ruhrgebietes sinkt, wird die Nachfrage nach ambulanten und stationären
- 40 Pflegeplätzen steigen.

Es müssen daher dringend sämtliche Kapazitäten öffentlicher Einrichtungen überprüft und Konzepte entwickelt werden, wie die Ruhrregion den veränderten Bedingungen anzupassen ist.

B.1**■ Demographischer Wandel**

Der Wandlungsprozess sollte mit Augenmaß, aber gleichwohl mutig und beherzt angegangen werden, auch um die Balance zwischen finanziellen Auswirkungen und einer soliden Leistungsversorgung der Bevölkerung zu halten. Es ist davon auszugehen, dass sich die Infrastrukturkosten bei schrumpfender Einwohnerzahl im Verhältnis dazu zunächst erhöhen. Dies können die Kommunen nur schwer auffangen. Es ist daher alternativlos, in allen die Kommunen betreffenden Bereichen – und dazu gehören auch Sozial-, Gesundheits- und Jugendhilfeeinrichtungen, Bildungsinstitutionen, kulturelle und sportliche Freizeitangebote oder Feuerwehr – Pflichtstandards, Aufgaben und Angebotshäufigkeit zu überprüfen und ggf. quantitativ an die neuen Gegebenheiten anzupassen oder strukturell neu auszurichten. Das Land sollte zu diesem Zweck mit einem Standardbefreiungsgesetz auf unnötige bürokratische Pflichten verzichten und den einzelnen Kommunen mehr Eigenverantwortung bei der Ausgestaltung ihres Dienstleistungsangebotes übertragen.

Antragsname:

Demographischer Wandel

Antragsteller:

Bezirksvorstand

Seite 4 von 12

Es muss dabei zwischen von der Bevölkerungszahl abhängiger Infrastruktur, der sogenannten Punkt- sowie Netzinfrastruktur, und der von der Altersstruktur abhängigen Infrastruktur unterschieden werden. Während die Punktinfrastruktur verhältnismäßig einfach eine Umnutzung ermöglicht, sind bei der Netzinfrastruktur, beispielsweise bei Straßeninfrastrukturen, kaum Anpassungsmöglichkeiten gegeben. Bei von der Bevölkerungszahl abhängigen Infrastrukturen, wie Abwasser und Abfallbeseitigung, werden die Nutzer oftmals direkt durch eine Erhöhung der Gebühren zur Kostendeckung oder wie beim ÖPNV durch eine Einschränkung des Leistungsangebotes betroffen sein. Eine große Chance der dichtbesiedelten Ruhrregion ist es hier, verstärkt auf interkommunale Zusammenarbeit zu setzen, um ein für die Bewohner gut erreichbares und vielfältiges Angebot dauerhaft vorzuhalten. Der Regionalverband Ruhr kann dabei helfen, diese Kooperationen aufeinander abzustimmen und zu lenken.

Als Folge einer älterwerdenden Gesellschaft muss bei der Planung von Infrastrukturmaßnahmen auch ein Rückgang der Kaufkraft im Blick gehalten werden. Dies gilt insbesondere für Großprojekte des Einzelhandels. Bei der Planung großer Einkaufszentren muss den Verantwortlichen in den Kommunen bewusst sein, dass es bereits in wenigen Jahren deutlich weniger Kunden und ein deutlich gewandeltes Einkaufsverhalten geben wird. Aus diesem Umstand resultierende Risiken oder Anpassungskosten sind von den privaten Investoren zu tragen.

Die Städte werden aber auch gezwungen sein, Stadtquartiere, die von massivem Bevölkerungsrückgang betroffen sind, umzuwandeln oder sogar insgesamt aufzugeben. So können sie sich zumindest geringe finanzielle Spielräume erhalten. Die Unterhaltung von weniger Netzen, Kanälen oder anderen öffentlichen Einrichtungen spart Millionen, die sinnvoller zur Attraktivierung von Stadtquartieren mit Zukunftspotential eingesetzt werden sollten. Eine Reform kommunaler Gebührensatzungen muss sicherstellen, dass eine faire Balance zwischen Fixkosten

B.1■ **Demographischer Wandel**

und verbrauchsorientierten Kosten vorliegt und die tägliche Daseinsvorsorge für alle Bürger, aber auch den Wirtschaftsstandort Metropole Ruhr, bezahlbar bleibt. Für öffentliche Einrichtungen sind Mehrfachnutzungen anzustreben.

Antragsname:

Demographischer Wandel

Antragsteller:

Bezirksvorstand

- 5 Kommunen erhalten durch den Demographietrend eine realistische Option, nicht nur neue Flächen für Siedlungsentwicklung zur Verfügung zu stellen, sondern verstärkt Möglichkeiten der sogenannten Innenentwicklung zu nutzen: Bestandsentwicklung, Stabilisierung, Revitalisierung und qualitative Entwicklung sowie Um- und Rückbau von Flächen und Gebäuden sind wichtige Planungsansätze für die Zukunft. Das eng- und dichtbesiedelte Ruhrgebiet sollte auch bei Planungsprozessen stärker als Einheit betrachtet werden, da eine Stadt alleine den Schrumpfungsprozess kaum bewältigen können. Es sollten Anreize angedacht werden, wie in Abstimmung mit den Eigentümern der Bestand an verwahrlosten Schrottimmobilien reduziert werden kann. Ein revolvierender Fonds kann die Umwandlung des Altbestandes erleichtern.

Seite 5 von 12

- 15 Zwei Jahrzehnte nach der deutschen Einheit wollen wir schnellstmöglich aus der Solidaritätsabgabe aussteigen. Unabhängig davon fordern wir im Blick auf die Strukturpolitik, dass Mittel nicht nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf im demographischen Wandel verteilt werden.

20

Neue Wohnformen im Ruhrgebiet

- 25 Steigende Ausgaben im Gesundheitswesen, Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal, der erwartete Rückgang der zur Verfügung stehenden Finanzmittel sowie eine Zunahme altersbedingter Erkrankungen sind Rahmenbedingungen des demographischen Wandels, die sich unmittelbar auf die Lebens- und Wohnsituation der Bevölkerungsgruppen in der dritten und vierten Lebensphase auswirken. Der zunehmende Alterungsprozess erfordert gerade auch in den Bereichen der
- 30 Wohnungswirtschaft neue und intelligente Strategien und Investitionen. Das Bewusstsein für neue Wohnformen sollte bei Eigentümern von Immobilien und in der allgemeinen Öffentlichkeit frühzeitig geweckt werden.

- 35 Es entspricht dem überwiegenden Wunsch älterer Menschen, ihr Leben auch im Fall von Hilfebedürftigkeit möglichst unabhängig, selbständig und selbstbestimmt verbringen zu dürfen. Dabei spielt es eine große Rolle, sich in seinem Stadtviertel wohl zu fühlen und dort vielfältige soziale nachbarschaftliche Netzwerke nutzen zu können. Wenn ältere Menschen aufgrund einer Erkrankung oder Behinderung den Alltag nicht mehr alleine bewältigen können, benötigen sie Unterstützungsangebote
- 40 innerhalb ihres Wohnquartiers und suchen daher nach alternativen Wohnprojekten. Die Herausforderung, der sich die Gesellschaft stellen muss, ist das Angebot von Wohnalternativen mit der Möglichkeit zu einer aktiven Lebensgestaltung, die hilft, eigene körperliche und geistige Kräfte selbst lange zu erhalten.

B.1■ **Demographischer Wandel**

Untersuchungen gehen davon aus, dass die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2040 im Vergleich zum Jahr 2000 um rund 60% steigen könnte. Deshalb müssen Wohnformen wie Wohn- und Hausgemeinschaften von älteren und jüngeren Menschen, betreutes Wohnen zu Hause, gemeinschaftliches Wohnen, ambulant betreute Pflegewohngruppen, gemeinschaftliche Wohnprojekte sowie Wohnraumanpassung und stationäre Einrichtungen speziell gefördert werden. Die Wünsche und Bedürfnisse der älter werdenden Generation nach einem selbstbestimmten gemeinschaftlichen Leben im Alter und deren Verwirklichung müssen auch im Ruhrgebiet ernstgenommen und umgesetzt werden. Ferner sind neue Assistenzsysteme für ältere Menschen nötig, die ein selbstbestimmtes Wohnen bis ins hohe Lebensalter verständlicherweise aufrechterhalten wollen. Es sollen hierfür keine zusätzlichen kommunalen Finanzmittel in Anspruch genommen werden. Vielmehr muss es das Ziel sein, die bereits vorhandenen Fördermöglichkeiten, die beispielsweise über die Pflegeversicherung schon abgedeckt sind, möglichst zielgerichtet und effizient einzusetzen.

Antragsname:

Demographischer Wandel

Antragsteller:

Bezirksvorstand

Seite 6 von 12

Zukunft des Bildungsstandortes Ruhrgebiet

Die persönliche Entwicklung beginnt bereits mit der Geburt im Elternhaus. Die Bildungs- und Erziehungskompetenz der Eltern muss insbesondere in den bildungsfernen Bevölkerungsteilen gestärkt werden. Zudem sind Angebote in Kindertagesstätten, Schulen und Freizeiteinrichtungen erforderlich.

Ein pädagogisch hochwertiges Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder ab dem ersten Lebensjahr in öffentlichen Kindertageseinrichtungen, aber auch in privater Organisation wie beispielsweise bei Tagesfamilien, sollte bedarfsgerecht vorhanden sein. Ein Schwerpunkt ist dabei insbesondere die Sprachförderung.

Durch die veränderte Altersstruktur und den geringeren Anteil jüngerer Menschen in der Metropolregion Ruhr reduzieren sich auch die Anmeldezahlen neuer Schüler an Grundschulen und weiterführenden Schulen. Bisherige kommunale Schulstrukturen werden dadurch kontinuierlich unter Druck gesetzt. Zu viele kleine Schulen lassen sich bei sinkenden Anmeldezahlen nicht mehr ökonomisch, organisatorisch und pädagogisch sinnvoll weiterführen. Konzentrationsprozesse, die zu weniger Schulstandorten führen, sind daher absehbar. Die Herausforderung liegt darin, auch bei zurückgehenden Schülerzahlen ein vielfältiges Bildungsangebot zu erhalten.

Ein besonderes Problem dabei ist, dass ohne verändernde Maßnahmen eine zufriedenstellende Lehrerversorgung oft nicht mehr gewährleistet werden kann. Kleineren Schulen mit rückläufigen Schülerzahlen werden weniger Lehrerstellen zugewiesen. Trotz kleinerer Klassen wäre somit eine pädagogisch angemessene Bildung nicht immer sicherzustellen. Als schulpolitische Maßnahme sollten daher schlüssige und notwendige Schulstandortschließungen mitgetragen werden. Dabei

B.1**■ Demographischer Wandel**

dürfen Schulschließungen allerdings nur Teil eines nachhaltigen und auf Qualitätssicherung ausgelegten Bildungsentwicklungsplans sein.

5 Die kommunale Schulträgerschaft sieht sich bei diesem Problem vor großen Herausforderungen. Der begrenzte Blick auf die eigene Gemeinde steht oft einer großflächigeren und effizienten Lösung im Weg. Daher müssen Kommunen zukünftig enger kooperieren, um gerade Möglichkeiten für ein vielfältiges Angebot durch interkommunale Kooperation, insbesondere an den Stadtgrenzen, besser zu nutzen. Auf lange Sicht erscheint eine regionale Bildungsentwicklungsplanung für das RVR-Gebiet als sinnvoll. Potentiale unserer Schulstruktur ließen sich besser erkennen, und ein falsches Kirchturmdenken würde zum Wohle aller Eltern und Schülern verringert.

Antragsname:

Demographischer Wandel

Antragsteller:

Bezirksvorstand

Seite 7 von 12

15 Dabei soll die grundlegende differenzierte Schulstruktur nicht angetastet werden. In Betracht kommen aber eine auf Synergie abzielende organisatorische Konzentration und eine gemeinsame Teilhabe an schulischer Infrastruktur aller Schulformen, wie Mensen und Sporthallen, aber auch Medienangeboten. Insbesondere das Erfolgsmodell Gymnasium soll auch in unserer Region als Garant für gute Bildung und Aufstiegschancen eigenständig erhalten werden.

20 Bildung ist ein Standortfaktor. Aufgabe der Politik ist es nicht nur, auf andauernde Entwicklungen zu reagieren, sondern den Rahmen für eine nachhaltige Verbesserung zu setzen. Um den langanhaltenden Trend rückläufiger Kinderzahlen im Ruhrgebiet abzubremsen und nach Möglichkeit auch umzukehren, sollte das Ruhrgebiet attraktiv für junge Familien werden, die eine große Nachfrage nach guter schulischer Bildung für ihre Kinder mitbringen. Gerade auch hier ist der Balanceakt zwischen quantitativen Verringerungen des schulischen Angebots mit einer qualitativen Steigerung der Bildungsqualität zu bewerkstelligen.

30 Eine weitere für Familien herausragende Frage ist, welche Berufschancen ihre Kinder nach Abschluss der Schulbildung vorfinden. Ebenso zeichnet sich gerade in mittelständischen Unternehmen ein Fachkräftemangel ab. Gerade die handwerklichen und technischen Berufe müssen daher wieder attraktiver gemacht werden. Hier kann die Politik moderierend Schule und Unternehmen zusammenbringen. Dabei stehen nicht nur Berufsbildungsmessen und Praktika im Fokus, sondern vielmehr das frühzeitige Kennenlernen von Schülern und Unternehmen, wie es durch bestimmte Universitätsprogramme bereits an Hochschulen gefördert wird. Schul- und Klassenpatenschaften können dabei nicht nur helfen, die Ausstattung der Schulen zu verbessern, sondern geben den Schülern frühzeitig eine Perspektive. Das Ruhrgebiet muss auch an den Schnittstellen von Bildung und Arbeitsmarkt zusammenwachsen.

40 Besonders können in diesem Sinne Schulen mit bestimmten Profilgrundsätzen, zum Beispiel fremdsprachliche oder naturwissenschaftliche Angebote, aber auch Sportleistungsschulen, die Schullandschaft in ihrer Vielfalt bereichern. Ethnisch abgeschottete Schulen, die Integration behindern, lehnen die Liberalen allerdings ab.

B.1**■ Demographischer Wandel**

5 Unsere Hochschulen sind schon jetzt die wahren Stadttore des Ruhrgebiets. Durch sie finden Semester für Semester Tausende junger Menschen aus dem nahen und ferneren In- und Ausland den Weg in die Metropole Ruhr. Dies gilt als eines der größten Potentiale, die Altersstruktur in der Metropole Ruhr aufzufrischen, vor allem aber bietet es die Chance, im Bereich Wissenschaft und Forschung die internationale Sichtbarkeit der Metropole Ruhr zu erhöhen, erst recht, wenn es auch gelingt, den späteren Hochschulabsolventen hier international wettbewerbsfähige Karrierewege zu eröffnen. Dabei betrachten wir die durch Abschaffung der Studiengebühren verschlechterte Mittelausstattung der Hochschulen mit Sorge. Damit die immer stärker international ausgerichteten Hochschulen in der Metropole Ruhr als Marke und als international wettbewerbsfähige Standorte für Wissenschaft und Forschung Werbung für die Metropole Ruhr machen können, müssen sie möglichst frei in ihren Finanz-, Organisations- und Personalentscheidungen bleiben.

15 Zudem gilt es die Hochschulen der Metropole Ruhr städteplanerisch, gesellschaftlich und auch wirtschaftlich vor Ort stärker zu verankern und in das Alltagsleben der Menschen einzubinden, denn unsere Hochschulen bieten der Metropole Ruhr die Möglichkeit, junge Menschen während ihrer mehrjährigen Studienzeit für unsere Region zu gewinnen und ihnen darüber hinaus auch dauerhaft eine neue Heimat zu geben.

25 Die Metropole Ruhr muss für die jungen Absolventen unserer Hochschulen also in zweierlei Hinsicht ein attraktiver Standort sein, als Wohn- und Lebensstandort und als Standort für attraktive Zukunftsjobs.

Fachkräftemangel und veränderte Anforderungen der Unternehmen

30 Die veränderte Bevölkerungsstruktur in der Region bleibt für die Erwerbsbevölkerung nicht folgenlos. Während der Anteil der unter 35-Jährigen an der Gesamtbevölkerung stark rückläufig ist, nimmt der Anteil der über 50-Jährigen kontinuierlich zu. Dadurch verringert sich zum einen die Anzahl an jungen Nachwuchskräften, zum anderen werden sich die Unternehmen darauf einstellen müssen, in Zukunft mit deutlich älteren Belegschaften zu arbeiten.

35 Dies stellt neue Anforderungen an die Unternehmen, die Beschäftigungsverhältnisse zu sichern, den Verlust von Fach- und Erfahrungswissen zu vermeiden, Neueinstellungen von Älteren zu fördern und den Umbau zu einer alterssensiblen Unternehmenskultur unterstützen zu müssen.

40 Die fünf Handlungsfelder Unternehmenskultur, Arbeitsbedingungen, Wissenstransfer und Weiterbildung, Gesundheitsförderung sowie Fachkräftegewinnung und -bindung sind daher die wesentlichen Herausforderungen und Arbeitsschwerpunkte der regionalen Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren.

Antragsname:

Demographischer Wandel

Antragsteller:

Bezirksvorstand

Seite 8 von 12

B.1**■ Demographischer Wandel**

Antragsname:

Demographischer Wandel

Antragsteller:

Bezirksvorstand

Seite 9 von 12

5 Es bedarf in den Unternehmen sowie der Gesellschaft eines Kultur- und Mentalitätswechsels hin zu einer wertschätzenden Unternehmenskultur älterer Beschäftigter. Unternehmenskulturen, die nur jüngeren Menschen eine optimale Leistungsfähigkeit zutrauen, tragen in keinerlei Weise zur Förderung und Forderung der älteren Belegschaft bei. Von der Betrachtung des Alters als Defizit muss sich verabschiedet werden, um auf den demographischen Wandel reagieren zu können.

10 Die gesundheitsförderliche Gestaltung von Arbeitsplatz und -umgebung, Arbeitszeitmodelle und Arbeitsaufgaben, die möglichst vielseitig sind, hohe Handlungsspielräume aufweisen und Entwicklungsmöglichkeiten zulassen, sind Faktoren, um die physischen und psychischen Belastungen während der Arbeit so gering wie möglich zu halten.

15 Beim Austritt von Beschäftigten aus einem Unternehmen müssen deren Wissen und Erfahrung bewahrt werden, damit diese für das Unternehmen nicht verlorengehen. Patensysteme oder Tandemlösungen, die erfahrene ältere Beschäftigte mit jüngeren zusammenarbeiten lassen, sichern die Übergabe von Alltagswissen. Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind ein Schlüssel für den Erfolg.

20 Gesundheitsförderung bekommt eine immer höhere Bedeutung. Präventive Maßnahmen zur Vermeidung beruflich bedingter Krankheiten helfen bei der Reduzierung hoher Ausfallzeiten und unterstützen die Leistungsfähigkeit.

25 Um den Bedarf an Fachkräften langfristig sichern zu können, werden in die Suchstrategien der Unternehmen zunehmend auch ältere Bewerber mit einbezogen. Die Bindung qualifizierter Beschäftigter lässt sich fördern, beispielsweise durch Maßnahmen wie den Aufbau von Karrierewegen und eine Erleichterung des Wiedereinstiegs. Der Zuzug von Fachkräften aus EU- und Drittländern wird vereinfacht.

35 Die vorstehend beschriebenen Herausforderungen sind nicht neu. Es liegt also kein Erkenntnisproblem vor, sondern ein Umsetzungsproblem. Die Werkzeuge für die Aufgaben sind hinlänglich bekannt und ausgereift. Unternehmen wie Gesellschaft müssen nun von der Politik in die Lage versetzt werden, diese Werkzeuge auch erfolgreich anwenden zu können. Die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern, Fortbildungsinstituten, Kammern und Beratern muss gestärkt werden. Die Förderkulisse zum Umgang mit dem demographischen Wandel sollte neu strukturiert werden und sich an oben genannten fünf zentralen Aufgaben orientieren.

40 Wesentlicher Aspekt wird zukünftig zudem für Unternehmen sein, aus gesellschaftlichem, aber auch Unternehmensinteresse, familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Mütter und Väter zu schaffen. Immer häufiger wollen oder müssen beide Elternteile erwerbstätig sein. Familienfreundlich werden

B.1**■ Demographischer Wandel**

Arbeitsbedingungen jedoch nur, wenn betriebliche Arbeitszeiten mit Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen abgestimmt sind.

Antragsname:

Demographischer Wandel

5 Integration in der Einwanderungsregion Ruhrgebiet

Antragsteller:

Bezirksvorstand

Der demographische Wandel erfordert sowohl weiteren Zuzug in die Metropolregion Ruhr – insbesondere von gut ausgebildeten Fachkräften –, als auch eine Stärkung der bereits hier lebenden Qualifizierungsreserve. Deren Potentiale müssen besser als bislang ausgeschöpft werden. Dazu sollten die Einwanderer eine feste Orientierung erhalten. Die ruhrgebietsweite Erarbeitung eines Integration-Leitbildes sowie die Entwicklung einer „Willkommenskultur für Leistungsträger“ sind hier mögliche Maßnahmen mit dem Ziel, die Identifikation mit unserem Land und unseren Grundwerten zu stärken und die Verbundenheit zur neuen Heimat durch ein intensives Zusammengehörigkeitsgefühl zu unterstützen.

Seite 10 von 12

Der Erwerb der deutschen Sprache durch die Einwanderer ist elementar für die Verständigung und das Verständnis füreinander und somit zwingend für ein erfolgreiches Zusammenleben. Kindern von Einwanderern sollte ermöglicht werden, auch die Sprache ihres Herkunftslandes zu erwerben. Im Rahmen von bedarfsgerechten Integrationskursen sollten Integrationswillige intensiv betreut werden. Die Partizipation am gesellschaftlichen Leben, in Organisationen, Vereinen und Parteien, sollte interessierten Einwanderern schnell möglich sein.

In Kindertagesstätten, Schulen und auch am Arbeitsplatz ist ein vertrauensvolles Klima gegenseitigen Respektes und Verständnisses zu fördern. Der Umgang mit Problemen heterogener Gruppen sollte erlernt und mit einem kultursensiblen Verhalten gehandhabt werden. Erzieher und Lehrer sowie zuständige Ansprechpartner in Unternehmen sollten in die Lage versetzt werden, der neuen Diversity geeignet zu begegnen und sie produktiv zu nutzen.

Beim erforderlichen Stadtrückbau und -umbau sollte darauf geachtet werden, dass einer Ghettobildung entgegengewirkt wird. Migranten gehören in die Mitte der Gesellschaft, nicht in Parallelgesellschaften.

35

III. Ausblick: Die Veränderungen beginnen heute

Die aktive Gestaltung des demographischen Wandels im Ruhrgebiet muss heute beginnen. Wenn dieser Weg erfolgreich beschritten werden soll, ist die Bevölkerung von Beginn an kontinuierlich einzubeziehen, um eine neue Akzeptanz für verändernde Maßnahmen zu generieren. Vorhersehbar notwendige, massive Veränderungen – zum Teil der Umbau oder gar das Verschwinden ganzer Wohnquartiere – im Alltagsleben der Bürger können nur gelingen, wenn diesen realistisch vermittelt wird,

40

B.1**■ Demographischer Wandel**

aus welchen Gründen, in welchem Zeitraum und in welchem Umfang sich die Region verändern wird. Transparenz schafft Vertrauen und ist für einen erfolgreichen Wandel zwingende Voraussetzung. Die handelnden Akteure benötigen dazu Mut und Ausdauer. Es bedarf zudem starker und anerkannter Führungspersönlichkeiten vor Ort, die Bürgern Ängste vor notwendigen Veränderungen nehmen und den Wandel produktiv moderieren.

Antragsname:

Demographischer Wandel

Antragsteller:

Bezirksvorstand

IV. Forderungen: Den Wandel gestalten statt Krisen verwalten

Seite 11 von 12

Die FDP Ruhr regt nachfolgende Maßnahmen und Aktivitäten an, um den demographischen Wandel in der Ruhrregion bestmöglich zu gestalten und die Chancen optimal zu nutzen, die in mutigen Veränderungsprozessen liegen:

- Einrichtung einer Lenkungsgruppe „Demographiewerkstatt“, die unter Leitung einer starken moderierenden Persönlichkeit und Teilnahme aller wesentlichen Akteure eine konsistente regionale Handlungsstrategie erarbeitet, wie die Chancen des demographischen Wandels für das Ruhrgebiet optimal genutzt werden können und Fehlentwicklungen möglichst zu vermeiden sind.
- Prüfung und Umsetzung aller notwendigen Maßnahmen für eine sinnvolle, den zukünftigen Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechende quantitative sowie qualitative Anpassung der öffentlichen Infrastruktur.
- Entwicklung einer umfassenden Öffentlichkeitskampagne und Bürgerinformation mit Beteiligungsmöglichkeiten für alle Bürger, um in allen Schritten Transparenz zu schaffen und die Bevölkerung mit hoher Akzeptanz für Sachnotwendigkeiten beim Weg des Wandels mitzunehmen.
- Die Handlungsfähigkeit der Kommunen muss erhalten bleiben. Flankierende und unterstützende Maßnahmen zum Schuldenabbau in den Kommunen, wie beispielsweise der Stärkungspakt des Landes, sollen genutzt werden, um die notwendigen Eigenanstrengungen zur Haushaltskonsolidierung vor Ort zu verstärken.
- Staatliche Umverteilungsmechanismen müssen reformiert werden. So sollten Förderinstrumente nicht länger auf Himmelsrichtungen abstellen, sondern finanzielle Anreize für Regionen gewährt werden, die die Herausforderungen ihres demographischen Wandels mutig und erfolgreich bestreiten.
- Entscheidungsträger müssen bei rückläufigen Einwohnerzahlen stärker für mögliche Folgekosten von Leuchtturmprojekten sensibilisiert werden. Hohe Risiken für remanente Kosten darf daher nicht der Staat alleine tragen, hier sind auch private Investoren in der Verantwortung.

B.1■ **Demographischer Wandel**

- 5 • Unternehmen sollen bei der Schaffung von generationengerechten Arbeitsbedingungen Unterstützung erfahren. Durch einen bedarfsdeckenden Ausbau von Kita- und Betreuungsplätzen sowie eine flexible Anpassung an die Arbeitszeiten der Eltern kann beispielsweise ein familienfreundliches Klima geschaffen werden.
- 10 • Rückläufige Schülerzahlen erfordern ein regionales Handlungskonzept, wie ein vielfältiges Bildungsangebot auch in Zeiten des demographischen Wandels erhalten werden kann. Zu diesem Zweck fordert die FDP eine ganzheitliche regionale Bildungsentwicklungsplanung, die auf Qualität setzt und nicht an Stadtgrenzen endet. In Einzelfällen wird die Schließung von Schulstandorten unter dem Aspekt der Bildungsökonomie nicht vermeidbar sein.
- 15 • Auch zur Vermeidung des Fachkräftemangels im Revier müssen Kooperationen von Schule und Wirtschaft weiter forciert und ausgebaut werden. Starke Verbindungen von Beginn an unterstützen junge Menschen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Sie helfen aber auch, wirkungsvoll qualifizierte Nachwuchskräfte zu rekrutieren.
- 20 • Ziel muss es sein, neue junge Menschen zum Studium in die Region zu holen und diese auch nach Beendigung der Ausbildung dauerhaft an das Ruhrgebiet zu binden. Eine gute Ausstattung der Universitäten, ein attraktives studentisches Lebensumfeld und die Ansiedlung innovativer neuer Arbeitsplätze im Umfeld sind daher zwingend notwendig.
- 25

30 Die FDP Ruhr betrachtet die fortschreitende Entwicklung dieses Themenkomplexes als zentrale Variable für die weitere regionale Entwicklung. Die Liberalen im Ruhrgebiet werden daher auch zukünftig einen Arbeitsschwerpunkt in der Gestaltung des demographischen Wandels sehen und sich den Herausforderungen im öffentlichen Dialog mit Bürgern, Multiplikatoren und Akteuren stellen.

Antragsname:

Demographischer Wandel

Antragsteller:

Bezirksvorstand

Seite 12 von 12